



Der geplante Rückhalteraum zwischen Urbach (linker Bildrand) und Schorndorf würde einen Eingriff in das zwischen B 29 (im Vordergrund) und Rems gelegene Naturschutzgebiet bedeuten.

Bild: Habermann

Widerstand gegen Becken Nummer 5

Naturschützer und Grüne lehnen den geplanten Rückhalteraum zwischen Urbach und Schorndorf ab

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
HANS PÖSCHKO

Schorndorf.

Er habe sich vorgenommen, so lange Vorsitzender des Wasserverbands Rems zu bleiben, bis die beiden Hochwasserrückhaltebecken zwischen Plüderhausen und Urbach und zwischen Urbach und Schorndorf realisiert sind, sagte Oberbürgermeister Matthias Klopfer im Technischen Ausschuss. Während das erste planerisch auf einem guten Weg ist, gibt's beim zweiten noch einige Widerstände zu überwinden – bei Naturschutzverbänden und bei den Grünen im Gemeinderat.

Letztere hatten für die Sitzung des Technischen Ausschusses, in der es formal um die Neufassung der Verbandssatzung und um Kenntnisnahme des Planungsstandes ging, einen umfangreichen, vom stellvertretenden Fraktionssprecher Wilhelm Pesch unterzeichneten Fragenkatalog vorgelegt, in dem unter anderem mangelnde Vorkehrun-

gen gegen Hochwassergefahren im Wieslautal moniert und die Notwendigkeit des Baus des Hochwasserrückhalterums 5 im Naturschutzgebiet Morgensand/Seelachen zwischen Urbach und Schorndorf angezweifelt wurde. „Wie kann ein Eingriff in so ein Juwel überhaupt ausgeglichen werden?“, fragte (sich) Pesch im Laufe der nachfolgenden Diskussion. So weit, so gut und aus Sicht von Oberbürgermeister Matthias Klopfer auch akzeptabel, wenn da nicht auch noch die Frage gewesen wäre, ob es richtig sei, „dass wegen der geplanten Ortsumgehung Miedelsbach keine Rückhaltebecken im Trassenbereich realisiert werden können und somit ein fragwürdiges Straßenbauprojekt Vorrang vor dem Hochwasserschutz erhält“.

„Ich mache beim Hochwasser keine faulen Kompromisse“

„So eine Schnapsidee“, reagierte Klopfer ziemlich verärgert auf die von den Grünen hergestellte, aus seiner Sicht aber unzulässige Verbindung zwischen Hochwasserschutz und Ortsumfahrung und machte deutlich: „Ich mache keinen Kuhhandel und keine faulen Kompromisse beim Hochwasser.“ Schon um der eigenen Glaubwürdigkeit als Verbandsvorsitzender nicht, er-

gänzte Klopfer, ohne speziell beim Becken 5 die Probleme kleinreden zu wollen. Es gebe zwar einerseits gute Gespräche mit dem Landratsamt bezüglich der Maßnahme zwischen Urbach und Schorndorf, mit der im Extremfall 1,1 Millionen Kubikmeter Wasser gestaut werden könnten – zum Vergleich: das geplante Rückhaltebecken bei Plüderhausen, für das jetzt das Genehmigungsverfahren eingeleitet werden soll, hat ein Volumen von 660 000 Kubikmetern. Andererseits, so Matthias Klopfer, sei ihm aber auch bewusst, dass das mit dem Becken im Naturschutzgebiet Morgensand/Seelachen ein schwieriger Abwägungsprozess werden könne „bis hoch nach Brüssel“. Den Hinweis von Grünen-Stadtrat Wilhelm Pesch, dass das Becken 5 früher nie zur Debatte gestanden beziehungsweise nie diese Priorität gehabt habe, während bei den von Anfang an vorgesehenen Becken unterhalb von Winterbach erst einmal nichts passiere, konterte der Oberbürgermeister und Verbandsvorsitzende mit der Frage: „Was bringt ein Becken in Weinstadt für Schorndorf und Winterbach?“ Und – wieder unter Berufung auf die eigene Glaubwürdigkeit – mit der Feststellung: „Wir müssen auch selber unseren Beitrag zum Hochwasserschutz auf unserer Markung leisten.“

Wie dringend das ist, machte Baubürgermeister Andreas Stanicki am Beispiel des Beinahe-Hochwassers vom 4. und 5. Januar dieses Jahres deutlich, das vor allem durch eine von der Ostalb herunterschwapende Welle ausgelöst worden sei. „Hätte es nur wenige Stunden länger stark geregnet“, wäre Schorndorf zugelaufen“, sagte Stanicki und stellte fest, dass es diese starken und in dieser Regelmäßigkeit auftretenden „Ereignisse“ früher nicht gegeben habe. Und dabei sei bei dem, was an Gegenmaßnahmen für erforderlich gehalten werde, „der Klimafaktor noch nicht einmal eingerechnet“. Was bedeutet: „Wir brauchen alle Becken im Remstal, in denen wir Wasser zurückhalten können.“ Bezüglich Miedelsbach sagte der Baubürgermeister an die Adresse der Grünen: „Wir verlieren durch eine Ortsumfahrung keine möglichen Retentionsflächen.“

„Wir machen Hochwasserschutz für das ganze Remstal“

Recht gaben sowohl Stanicki als auch der Kaufmännische Leiter des Wasserverbands Rems, Roland Kuhn, den Grünen respektive Pesch in einem Punkt: dass Hauersbronn und Miedelsbach durch das Becken 5 nicht geschützt werden. Aber, so Kuhns Klarstellung: „Wir machen Hochwasserschutz für das ganze Remstal und nicht nur für Schorndorf.“ Nicht gelten ließ Roland Kuhn die Behauptung, das Becken zwischen Schorndorf und Urbach habe bislang keine Rolle gespielt. Zum einen sei die große Wirkung dieses Beckens schon immer erkannt worden, zum anderen habe es in

der Vergangenheit keine grundsätzlichen Bedenken gegeben, diesen Bereich in ein Rückhaltekonzept einzubeziehen. Natürlich werde es in der Bauzeit Beeinträchtigungen für das Naturschutzgebiet geben, aber das gelte nicht mehr, wenn der Rückhalteraum fertiggestellt sei, sagt Kuhn und informierte den Ausschuss, dass tierökologische Untersuchungen bereits durchgeführt worden seien und dass weitere ökologische Untersuchungen folgten.

„Relativ geringe Eingriffsfläche im Vergleich zur großen Wirkung“

„Wenn man mit einem großen Becken zwei oder drei andere einsparen kann, muss man's machen“, sprach sich auch der Technische Geschäftsführer des Wasserverbandes, Hans-Peter Sieg, auch mit Blick darauf, dass die Grünen den Bau der Becken östlich von Lorch (2) und zwischen Waldhausen und Plüderhausen (3) als vorrangig eingeordnet wissen wollten, für das umstrittene Becken aus. In Relation dazu, dass im Rückhalteraum 5 über eine Million Kubikmeter Stauwasser untergebracht werden könnten, handle es sich um „eine vergleichsweise geringe Eingriffsfläche“, meinte Sieg, für den das geplante und mittlerweile nicht mehr strittige Becken zwischen Plüderhausen und Urbach „kein idealer Rückhalteraum“ insofern ist, als das Becken sehr aufwendig zu bauen sei und deshalb sehr teuer werde. Das Projekt ist mit 15,3 Millionen Euro veranschlagt, 4,6 Millionen Euro entfallen auf die Kommunen. Schorndorf, neben Urbach der größte Nutznießer dieses Rückhalterums, muss davon 2,4 Millionen Euro übernehmen.

Beutels Zweifel

■ Nicht nur die Grünen bezweifeln die Machbarkeit des Beckens 5, auch CDU-Fraktionschef Hermann Beutel hat Zweifel, ob dieses Becken wirklich kommt. „Ich bin gespannt, wie das gebaut werden soll, wenn das Landratsamt seine bisherigen Grundsätze bezüglich des Naturschutzes anwendet“, sagte Beutel.

■ Er tue sich schwer, sich vorzustellen, „wie in dieses hochwertige Gebiet Bulldozer reinfahren“, sagte Beutel, der die Meinung der Experten, dass es sich um einen mehr oder weniger unproblematischen Eingriff handeln würde, sehr wohl hört, aber (noch) nicht glaubt. Denn: „Mir haben Experten auch schon erklärt, dass man beim Krankenhaus eine schwarze Null schreibt.“

Vor dem Gericht kommt die Schiedsstelle

■ Bei drei Gegenstimmen aus der Fraktion der Grünen hat der Technische Ausschuss dem morgen tagenden Gemeinderat empfohlen, der Neufassung der Satzung des Wasserverbands Rems zuzustimmen. „Es sind noch zu viele Fragen offen“, begründete – nicht zuletzt mit Blick auf die nach Meinung der Fraktion nicht schlüssige Priorisierung der geplanten weiteren Rückhalteräume und die damit verbundene vorrangige Einstufung des Rückhalterums zwischen Schorndorf und Urbach – Wilhelm Pesch die ablehnende Haltung der Grünen.

■ Neu in die Satzung eingefügt ist die Vorgabe, dass vor einer gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen dem Verband und einer Mitgliedsgemeinde, wie sie im Falle von Plüderhausen gerade noch vermieden worden ist, versucht werden muss, beim Regierungspräsidium eine Einigung zu erzielen. Es bleibt aber bei der sogenannten „Zustimmungserfordernis“ der jeweiligen Standortgemeinde. Heißt: Ein Planfeststellungsverfahren darf nur mit Zustimmung der Gemeinde eingeleitet werden, auf deren Markung ein Hochwasserrückhaltebecken gebaut wird.

■ Demgegenüber hatte das Landratsamt, das die Verbandssatzung als Aufsichtsbehörde genehmigen muss, vorgeschlagen, die Zustimmungserfordernis aus der Satzung zu streichen oder alternativ für den Fall der fehlenden Zustimmung einer Standortgemeinde eine Überwindungsmöglichkeit durch einen Beschluss der Versammlung zu schaffen. „Wir wollen die Probleme weiterhin im Konsens lösen“, sagte Oberbürgermeister Matthias Klopfer in seiner Eigenschaft als Verbandsvorsitzender. CDU-Fraktionschef Hermann Beutel machte keinen Hehl daraus, dass er nicht begreift, wie das Landratsamt auf die Idee kommen konnte, die Zustimmungserfordernis streichen zu wollen.

■ Neu in der Satzung des Verbandes, dessen Versammlungen künftig grundsätzlich öffentlich stattfinden, ist auch, dass als weitere Aufgabe des Verbandes der örtliche Hochwasserschutz am gesamten Remslauf und in den Mündungsbereichen der Seitengewässer aufgenommen wird, „soweit das Schutzziel nicht durch zentrale Rückhaltung erreicht werden kann“.